

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 22 (1942-1943)
Heft: 6

Artikel: "Conditions of Peace"
Autor: Gitermann, Valentin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-334631>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

„Conditions of Peace“

Von Valentin Gittermann

Der englische Sozialist *E. H. Carr*, Professor für «internationale Politik» an der Universität Wales, hat letztes Jahr ein stark beachtetes Buch herausgegeben über die Voraussetzungen des künftigen Friedens*. Seine Arbeit stellt einen sehr wertvollen Beitrag dar zu der im angelsächsischen Kulturkreis eben in Fluß gekommenen Diskussion der Nachkriegsprobleme. Obwohl die von Carr vertretenen Ansichten weit davon entfernt sind, als typische oder gar als offizielle Äußerungen der englischen öffentlichen Meinung gelten zu können, halten wir es für notwendig, sie den Lesern unserer Zeitschrift in Kürze bekanntzugeben. Wir möchten über das Carrsche Buch lediglich informieren. Auf kritische Auseinandersetzungen mit dem Verfasser verzichten wir, da ja Gedankengänge, welche sich auf die Zukunft beziehen, größtenteils unüberprüfbar sind und Carr sich des subjektiven Charakters seiner Schrift durchaus bewußt ist.

Carr geht von der zutreffenden Feststellung aus, daß die meisten Völker nach Beendigung des ersten Weltkrieges von einer starken Sehnsucht nach Wiederherstellung des *status quo ante*, das heißt des allgemeinen Zustandes von 1913, erfüllt gewesen seien, daß sie also ihre Blicke rückwärts wandten, statt sie auf neue Ziele vorwärts zu richten. Die vom Ausgang des Krieges «befriedigten» Staaten wollten «stabil» bleiben und lehnten revolutionäre Veränderungen ihrer sozialen und politischen Struktur kategorisch ab. «Unbefriedigt» seien nur Rußland und Deutschland gewesen, und von ihnen gingen denn auch in der Folge mächtige Impulse zur Gestaltung neuer Formen des politischen Lebens aus. In der grundsätzlich konservativen Haltung der westlichen Demokratien sieht Carr einen verhängnisvollen Fehler, der sich schwer rächen mußte. Diese starre Einstellung habe zu der irrtümlichen Meinung verleitet, daß Friede und Sicherheit an und für sich als Selbstzweck angestrebt werden könnten, während sie in Wirklichkeit nur als Begleiterscheinung einer richtig organisierten Wirtschaft sich ergeben. Wäre es den Siegern von 1918 gelungen, die Bedingungen einer fortschrittlichen Entwicklung der Menschheit zu gewährleisten, so hätten sich auch Friede und Sicherheit von selbst eingestellt. Man habe es aber vorgezogen, die Mängel des kapitalistischen Wirtschaftssystems stillschweigend fortbestehen zu lassen (weil man lediglich stabilisierende, nicht aber revolutionäre Maßnahmen ergreifen wollte), und man habe dann dementsprechend die Entstehung neuer Kriege nur durch oberflächliche Symptombekämpfung verhüten wollen, was notwendigerweise mißlingen mußte.

Krieg bedeutet nie die Vollendung, sondern stets nur die Anbahnung einer neuen gesellschaftlichen Organisationsform. Die eigentlichen Folgen großer Kriege stimmen deshalb auch nie überein mit jenen Zwecken, die bei Kriegsbeginn als Kriegsziele offiziell proklamiert zu werden pflegen.

* *Conditions of Peace* by E. H. Carr, Macmillan & Co., London 1942. XXIV und 275 Seiten.

Carr verweist in diesem Zusammenhang auf eine sehr instructive Äußerung des Publizisten H. N. Gieldhouse: «Der einzige Zweck, den wir (Engländer) 1914 eingestandenermaßen verfolgten, war die Niederwerfung des deutschen Militarismus. Es lag nicht in unserer ursprünglichen Absicht, das Habsburgische oder Ottomanische Reich zu zerstören, die Tschechoslowakei zu schaffen, Polen wiederherzustellen, die russische Revolution zu ermöglichen, die Große Serbiens zu verdreifachen, diejenige Rumäniens zu verdoppeln, Irak, Estland und Litauen sowie ein jüdisches Nationalheim zu schaffen oder den Schlüssel des Brenners und der Adriatischen See Italien zu geben. Und doch sind all diese Dinge — nebst vielen andern — letzten Endes aus diesem Kriege (1914—1918) hervorgegangen, während das einzige, was wir uns selbst versprochen hatten: die Zerstörung des deutschen Militarismus, nicht erreicht worden ist.» Die Sieger von 1918 haben somit den Frieden verspielt; die Sowjetunion und Deutschland haben ihn gewonnen. Denn die Sieger fuhren fort, die überlebten Prinzipien und Ideale des 19. Jahrhunderts, — das Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie den ökonomischen Liberalismus des Laissez faire zu predigen und anzuwenden, während Rußland und Deutschland nach Neuaufbau mit zentralisierter Planwirtschaft strebten, jedes auf seine Art. Rußlands historisch berechtigte Revolte gegen die liberale Formaldemokratie war ein Anfang. Es folgten: Mustapha Kemal, Mussolini, Pilsudski, Salazar und Hitler.

Schon der erste Weltkrieg hatte einige Ansätze zu planwirtschaftlicher Organisation gezeitigt. Diese Frucht hat man nach Beendigung des Krieges nicht weiter entwickelt, nicht für die Organisation der Friedenswirtschaft angewendet. So ließ man denn die im kapitalistischen System verwurzelten Ursachen neuer Kriege fortbestehen und stellte ihnen, ohne jede Aussicht auf dauerhaften Erfolg, einige schwache völkerrechtliche Institutionen in den Weg.

Heute leidet die zivilisierte Welt unter einer dreifachen Krise: einer Krise der Demokratie, einer Krise des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und in erster Linie unter einer Krise der ökonomischen Organisation.

Die Demokratie ist in Gefahr, zu einer bloßen Fiktion zu verblassen. Die demokratische Macht des Volkes ist inhaltslos geworden, meint Carr, weil sie nur die formal-politische, nicht aber die viel wichtigere ökonomische Macht in sich schließt. Die Inhaber der ökonomischen Macht halten das Schicksal der Völker in der Hand und stehen trotzdem außerhalb des Systems der demokratischen Verantwortlichkeit. Die Teilnahme am politischen Leben spielt im Dasein des Einzelnen nur noch eine geringe Rolle. Bei großer sozialer und ökonomischer Ungleichheit ist die politische Gleichberechtigung daher nur noch von geringem Wert. Es muß eine Form der sozialen und ökonomischen Gleichberechtigung gefunden werden. Wir müssen dafür sorgen, daß der Wille des gewöhnlichen Bürgers ein Übergewicht bekommt gegenüber der organisierten ökonomischen Macht des Privatkapitals.

Ähnlich ausgehöhlt oder entwurzelt ist, nach Carr, auch die Idee des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Sie ist nichts anderes als eine Ab-

leitung aus den Menschenrechten und verliert infolgedessen ihre Geltung, wenn sie der Verwirklichung der Menschenrechte nicht mehr dienen kann. Ohne Rücksicht auf die Veränderungen des modernen Wirtschaftslebens lassen sich nicht beliebig viele Kleinstaaten einrichten. Was nützt ein unabhängiger Kleinstaat, wenn er ökonomisch nicht existieren, wenn er sich militärisch nicht behaupten kann? Nationale Unabhängigkeit ist, nach der Meinung Carrs, völlig wertlos, wenn sie auf einen Raum beschränkt ist, der keine zweckmäßige Lösung der existentiell wichtigen Probleme unter Wahrung der Menschenrechte gestattet. Diese Wahrheit übersehen zu haben, war ein großer Fehler der Friedensmacher von 1919. Die Nationalitäten müssen eine Unabhängigkeit erhalten, die mit ihrer Eingliederung in größere Gebilde nicht unverträglich ist. (Im gegenwärtigen Krieg scheint Carr, soweit Europa in Frage kommt, eine Art Sonderbundskrieg zu erblicken, der zur Errichtung einer sozusagen bundesstaatlichen Organisation führen müsse.)

Die Hauptursache der modernen Kulturkrise aber liegt darin, daß die Notwendigkeit einer Wirtschaftslenkung durch staatliche Autorität unausweichlich geworden ist. Durch das System der freien Konkurrenz hat der Kapitalismus zur Ausbildung mächtiger Privatmonopole geführt. Es ist falsch, diesen Monopolismus für alle Übel der Gegenwart verantwortlich zu machen und den liberalen Kapitalismus davon zu entlasten. Denn der Monopolismus ist ja eben eine zwangsläufige Konsequenz des liberalen kapitalistischen Systems. Wir stehen nicht mehr (wie in der Schweiz etwa Herr Röpke behauptet) vor einer Wahl zwischen freier Konkurrenz und Monopol, sondern nur noch vor der Wahl zwischen einem unverantwortlichen privaten Monopol einerseits und einem verantwortlichen öffentlichen Monopol anderseits. Sehr zutreffend weist Carr darauf hin, daß heutzutage selbst die Privatunternehmer auf staatliche Intervention nicht verzichten können. Er zitiert dabei einen Ausspruch Roosevelts: «Der selbe Mann, der Interventionen der Regierung in die Wirtschaft ungern sieht, kommt dann doch als erster nach Washington gelaufen, um von der Regierung einen Schutzzolltarif zu verlangen.»

Überlebt hat sich, nach Carr, auch der Antrieb des Profitstrebens im ökonomischen Apparat. Das Profitstreben wurde von der klassischen Nationalökonomie so lange in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen gestellt, bis man es für eine ursprüngliche Naturanlage des Menschen hielt. Das ist durchaus nicht richtig. Die Regulierung der Beschäftigung von Arbeitskräften durch die Aussicht auf Profit oder Verlust wird verschwinden und nach dem Kriege nicht wiederhergestellt werden. Das Wohlergehen der Arbeiter wird in der Politik viel wichtiger erscheinen, als die Bereicherung des Produzenten. Nicht Armut, sondern Arbeitslosigkeit ist das Gebrechen unserer Zeit. Ökonomische Ungleichheit und erzwungene Untätigkeit sind die schreienden Skandale unseres Jahrhunderts.

Man wende auch nicht ein, meint Carr, daß staatliche Wirtschaftslenkung die Freiheit des Konsumenten beeinträchtige. Diese Freiheit des Konsumenten, die Ware nach Belieben zu wählen, ist durch die Herrschaft privater Monopole ohnehin schon zur bloßen Fiktion degradiert worden.

In den großen Industrieländern haben Fabrikanten und Arbeiter schon längst gegen den Konsumenten gemeinsame Front gemacht. Dadurch erkläre sich ja auch die vielfach zu beobachtende Interessengemeinschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften. «In den letzten Jahren ist es zur Genüge klar geworden», meint Carr, «daß Kapitalismus und Gewerkschaftswesen miteinander stehen und fallen.» Das bisherige Wirtschaftssystem hat gewissermaßen vorausgesetzt, der Mensch sei für die Industrie da, nicht die Industrie für den Menschen. Man förderte den Handel, indem man den Konsumenten konsumieren ließ, was der Produzent produzieren wollte, statt den Produzenten produzieren zu lassen, was der Konsument zu konsumieren wünschte. Man gewährte Subventionen an die Produktion, statt an die Konsumtion. In Zukunft wird man den Produzenten dem Verbraucher unterordnen müssen. Der deutsch-ungarische Handelsvertrag vom 21. Februar 1934 war wohl der erste, der darauf ausging, die Produktion des einen Partners nach den Bedürfnissen des andern Partners zu regeln. Planung der Konsumtion umfaßt nicht nur eine Aufstellung der Dinge, die wir konsumieren wollen, sondern auch die Einschränkung der Erzeugung anderer Dinge, die weniger wichtig sind. Ebenso gehört dazu eine Regelung der Preise nicht nach dem bisherigen Mechanismus von Angebot und Nachfrage, sondern nach der Zahlungsfähigkeit der Konsumenten, wie man es schon etwa mit Wohnungsmieten macht. Luxusindustrien freilich brauchen der Planwirtschaft nicht unbedingt unterworfen zu sein. Hier bleibt, nach Carr, der privaten Initiative noch ein gewisser Spielraum übrig.

Die alte Welt, wie sie vor 1914 noch bestand, war durch ständige Zunahme der Bevölkerung und durch Fähigkeit elastischer Expansion gekennzeichnet. Daß die Vereinigten Staaten im Jahre 1923 die Einwanderung einschränkten, war ein besonders deutliches Symptom dafür, daß die alte kapitalistische Welt in Stagnation und Erstarrung geraten war.

Heute glauben wir nicht mehr daran, daß zwischen den Interessen der Individuen sich von selbst, durch das freie Spiel von Angebot und Nachfrage, Harmonie einstellen könne. Ebenso glauben wir nicht mehr an eine automatische Herstellung der Harmonie zwischen den Interessen der Völker. Wir müssen deshalb an Stelle des Profitstrebens eine neue Triebfeder in die ökonomische Maschine einbauen, sonst läuft sie nicht. Wir müssen einen Impuls finden, der die Menschen zu Opfern begeistert, die sie im Frieden nicht bringen wollten, nun aber im Kriege bringen müssen. Es gilt, für die kommende Friedenszeit ein Motiv des Handelns zu finden, das ebenso stark wirkt, wie der Krieg, so daß es ihn ersetzen kann. Es gilt, neue Formen der ökonomischen Solidarität zu finden, auf Grund der ökonomischen Gleichberechtigung. In diesem Sinne wird, meint Carr, die Zusammenarbeit der westlichen Völker mit der Sowjetunion zu einer «Synthese zwischen Christentum und Kommunismus» führen (Seite 117). Viele Arten der Freiheit, die uns bisher lieb waren, in Tat und Wahrheit aber nur von einer kleinen Minderheit genossen wurden, werden verschwinden und durch neue Freiheitsgarantien kompensiert werden. Jede Revolution hat eine neue Seite der menschlichen Natur auszuwerten, die zuvor vernachlässigt worden war.

Was die traditionelle englische Politik des in Europa zu wahrenen Gleichgewichtes anbelangt, so hält Carr diese Epoche für endgültig abgeschlossen. Es wird in Zukunft auch keine «splendid isolation» mehr geben; England wird es sich nie mehr leisten können, den europäischen Kontinent zu vernachlässigen und sich von seinen Problemen zu distanzieren. Gleichgewichtspolitik läßt sich, nach Carr, vor allem deshalb nicht mehr treiben, weil Frankreich als Großmacht in unaufhaltsamem Niedergang begriffen sei. Im Jahre 1870 wurde es besiegt, 1917 wurde seine Niederlage nur durch England und die Vereinigten Staaten verhindert, 1940 hat sich der Zusammenbruch vollzogen. Mit einer Wiederherstellung einer französischen Großmachtposition ist nicht mehr zu rechnen, zumal die französische Industrie gegenwärtig durch die deutsche Okkupation weitgehend abgebaut wird, was eine spätere Wiederaufrüstung außerordentlich erschwert.

Einen Kardinalfehler des Friedens von 1919 sieht Carr darin, daß man eine neue Ordnung aufstellte, ohne Deutschland und Rußland bei der Regelung osteuropäischer Fragen ein Mitspracherecht zu gewähren. In Osteuropa hätten sich denn auch gefährliche Konfliktherde gebildet.

Mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit tritt Carr der These entgegen, daß das deutsche Volk mit einem «angeborenen schlechten Charakter» behaftet sei. Man muß sich den deutschen Nationalcharakter vielmehr aus den Bedingungen seiner historischen Entwicklung erklären. Der Autor verwirft den Plan einer Aufteilung Deutschlands nach dem Kriege. Er spricht sich auch gegen eine «Bestrafung der deutschen Kriegsverbrecher» aus, es sei denn, daß diese Bestrafung durch das deutsche Volk selbst vollzogen werde. Entrinnen die faschistischen und nationalsozialistischen Führer der Rache ihrer eigenen Landsleute, so möge man sie an einem entlegenen und sicheren Platz verwahren, im übrigen aber dem Urteil der Geschichte überlassen. Immerhin soll Deutschland verpflichtet werden, für den Wiederaufbau der von seinen Armeen verwüsteten Gegenden entsprechende Hilfe zu leisten. Nach dem Kriege muß man die Deutschen als ebenbürtigen Partner der europäischen Völkergemeinschaft behandeln. Innerhalb der neu zu schaffenden europäischen Organisation soll man ihnen eine nützliche Funktion zuweisen, dann wird sich auch ihre Mentalität von Grund auf ändern, und sie werden sich in wirkliche Europäer verwandeln.

Der erste Weltkrieg hat Deutschland, nach Carr, des Weltmarktes beraubt. «Bis 1925 bettelten sie. Von 1925 bis 1930 borgten sie. Dann begannen sie zu rauben.» Fehler dieser Art dürfen nicht wiederholt werden. Großraumwirtschaft muß sein, da nur sie der modernen technischen Entwicklungsstufe adäquat ist. Entweder wird die Großraumwirtschaft durch die Achsenmächte organisiert, im Sinne der Vorherrschaft bevorzugter Nationen, oder sie wird durch England, die Vereinigten Staaten und Rußland organisiert, im Sinne der Gleichberechtigung aller Völker.

Ausführlich äußert sich Carr über die «Prozedur des Friedensschlusses», wie er sie sich, für den Fall eines Sieges der Vereinigten Nationen, vorstellt. Die Beendigung des Krieges kann nur durch Diktat

der Sieger über die Besiegten erfolgen. Mit der endgültigen Aufrichtung einer neuen internationalen Ordnung soll man sich nicht beeilen, sonst läuft man nur Gefahr, die Fehler von 1919 zu wiederholen.

Nach dem Zusammenbruch Deutschlands, meint Carr, wird vielleicht gar kein formeller Waffenstillstand abgeschlossen werden: Der reguläre Krieg wird möglicherweise nur noch in die Liquidation lokaler Banden, das heißt in eine polizeiliche Säuberungsaktion des Gebietes der Besiegten auslaufen. Zwischen dem Ende der Feindseligkeiten und der eigentlichen Friedenskonferenz wird voraussichtlich längere Zeit verfließen. Der Friedensschluß wird nicht ein einmaliges Ereignis, sondern ein dauernder Prozeß von mindestens sechs Jahren sein. Nach Kriegsende wird sich Europa in einer Art Interregnum befinden. In dieser ersten Phase der Nachkriegszeit wird man vor allem an die Behebung des Elends, an die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der europäischen Bevölkerung denken müssen, und man wird alle notwendigen Maßnahmen ohne Rücksicht auf die Abgrenzung von Nationalstaaten durchführen. Man wird die planwirtschaftlichen Einrichtungen einerseits der Alliierten, anderseits der Achsenmächte übernehmen und zunächst weiterführen, um auf dem Gebiete der Administration keine Verwirrung aufkommen zu lassen. Die Alliierten werden, in gegenseitiger Zusammenarbeit, mit fester Hand regieren. Englische Truppen werden, wenn sie Deutschland okkupieren, auch das Gebiet der zwischen England und Deutschland liegenden Staaten (also Holland, Belgien) in Anspruch nehmen. Ebenso werden russische Truppen Gebiete betreten, die zwischen Deutschland und der Sowjetunion liegen. Aus dieser Okkupation wird sich wahrscheinlich schon der Grundstock einer «internationalen Armee» ergeben. Große Bedeutung wird nicht nur dem Verpflegungs-, sondern auch dem Transportproblem zukommen. Eine Kontrolle der Eisenbahnen, der Schiffe, der Häfen wird sich als unumgänglich notwendig erweisen. Carr sieht die Schaffung entsprechender Verwaltungsorgane vor (European Relief Corporation, European Transport Corporation, European Reconstruction and Public Works Corporation). Vor allem denkt sich der Autor eine Behörde für europäische Planwirtschaft (European Planning Authority). Die internationale Produktionskontrolle wird an die bereits existierenden großen Trusts angeknüpft werden können. Der Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Werte wird nur eine kurze Episode sein, aus der man freilich keine privatkapitalistische Hochkonjunktur machen dürfen. Nach und nach wird sich eine internationale Regelung des Gütertauschs herausbilden, mit einer Tendenz zum Ausgleich des Lebensstandards der verschiedenen Gebiete. Der Aufbau der neuen Ordnung wird ohne Rücksicht auf die finanzielle Seite des Problems erfolgen. Da muß man sich, meint Carr, von alten Vorurteilen für immer befreien. Es kommt nicht auf das Gold, nicht auf die Währung, nicht auf die Preise an, sondern ausschließlich auf die Arbeit, die tatsächlich geleistet werden kann. Auch Reparationen sind nicht in Form zu zahlender Geldbeträge, sondern in Form zu leistender Arbeit in Aussicht zu nehmen. Eine Rückkehr zum Goldstandard werde es nicht geben, schon deshalb nicht, weil

die Amerikaner fast alles Gold der Welt in ihrem Besitz monopolisiert haben.

Seine höchst interessanten, wenn auch stellenweise unsystematisch und mit echt englischer Naivität vorgetragenen Ausführungen schließt Carr mit der Mahnung, die nach dem Kriege zu schaffenden neuen Organisationsformen räumlich nicht zu überspannen, sondern auf Gebiete zu beschränken, die man wirklich bewältigen kann. Daraus erklärt sich vielleicht auch, daß Carr kolonialpolitische Probleme nur nebenbei berührt.

Man mag sich zu den Ideen Carrs, zu ihren Lücken, Mängeln und Widersprüchen stellen wie man will, — keinesfalls wird man sich dem Eindruck entziehen können, daß dieser Engländer wirklich begriffen hat, welch ungeheure Umschmelzung aller Institutionen sich unter dem Einfluß des gegenwärtigen Krieges in Europa, ja in der ganzen Welt vollzieht.

Friedenskongresse vor 75 Jahren

Von Paul Müller

II.

Nach der Rede Garibaldis schienen sich die Energien des Riesen-kongresses völlig erschöpft zu haben. Die Diskussionen plätscherten ein-förmig dahin. Um so beflissener waren gewisse Kreise hinter den Kulissen, denn bereits am zweiten Tage lag ein von verschiedenen Delegierten unterzeichneter Protest vor, der sich nicht etwa gegen Garibaldi, sondern gegen *die Erklärung der Internationalen Arbeiterassoziation* richtete. In diesem wurde insbesondere Anstoß daran genommen, daß in der Arbeiter-erklärung von Ausbeutern und Ausgebeuteten die Rede war. Eine solche Behauptung sei gefährlich und unrichtig zugleich. Es gäbe keine zwei Klassen, denn oft seien Kapitalist und Arbeiter ein und dieselbe Person. Der in der Arbeitererklärung geforderten Abschaffung der Ausbeutung wurde — es mutet fast scherhaft an — als Forderung entgegengestellt: «Gleiches Recht und gleiche Freiheit für Kapitalisten ebenso wie für Ar-beiter!»

Unter den Unterzeichnern des Protestes befand sich neben dem Basler *Schmiedlin* der Genfer Professor *Dameth*. Dagegen war James *Fazy* nicht dabei. Dafür rückte dieser am vierten Tage mit einem um so größeren Geschoß auf, indem er eine Erklärung verlesen ließ, die eine von ihm und seinen Freunden arrangierte, angeblich von 1000 Personen besuchte Versammlung zuhanden des Kongresses beschlossen hatte. Diese lautete:

«Im Hinblick auf die Ideenverwirrung und den wenig praktischen Charakter des Kongresses drückt die Versammlung den Wunsch aus, daß im Interesse des Friedens, der Freiheit und der Schweizerischen Konföderation keinerlei Beschluß auf dem Kongreß gefaßt werde.»

Damit wurde dem Kongreß von denselben Leuten die Pistole auf die Brust gesetzt, die sich vor Garibaldi nicht tief genug verbeugen und seinen Genius preisen konnten. *Jolissaint*, der Vorsitzende, ließ sich indessen